

3° een beperking waaraan tussen 9 en 11 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 3;

4° een beperking waaraan ofwel in totaal tussen 12 en 14 punten worden toegekend ofwel 4 punten in pijler 1 vermeld in artikel 2, § 1, 1°, en in totaal tussen 6 en 11 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 4;

5° een beperking waaraan tussen 15 en 17 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 5;

6° een beperking waaraan tussen 18 en 20 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 6;

7° een beperking waaraan meer dan 20 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 7.

§ 2 - Als geen vaststelling van de beperking krachtens artikel 2 van het besluit van 23 december 2021 voorligt, worden de beperkingen die krachtens de rechtsregels van de Vlaamse Gemeenschap, het Waals Gewest of de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie werden vastgesteld, met toepassing van § 1 ingedeeld bij de categorieën vermeld in artikel 21 van het decreet."

Art. 18. - Opheffingsbepaling

Het koninklijk besluit van 28 maart 2003 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 88 van de programmawet (I) van 24 december 2002, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 26 april 2009, wordt opgeheven, met uitzondering van de bijlagen 1 en 2.

Art. 19. - Overgangsbepaling

Vaststellingen van beperkingen die vóór de inwerkingtreding van dit besluit door de Federale Overheidsdienst Sociale Zekerheid werden beslist, gelden voor de duur waarvoor die beperkingen werden vastgesteld of tot de Dienst voor zelfbeschikkend leven een nieuwe vaststelling beslist.

Art. 20. - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2022.

Art. 21. - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/200307]

23. DEZEMBER 2021 — Erlass der Regierung über die Anerkennung von Dienstleistern durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 13 Absatz 3;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 29. Oktober 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. Dezember 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass eine konkrete Anfrage vom 11. Oktober 2021 auf Anerkennung eines weiteren Dienstleisters vorliegt und die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben als anerkennende Behörde damit dringend über einen entsprechenden Ausführungserlass verfügen muss, um über diesen Antrag in einem rechtssicheren Rahmen befinden zu können, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

2. Dienstleister: Träger von Diensten und Einrichtungen, die gemäß Artikel 12 des Dekrets regelmäßig eine oder mehrere Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene anbieten;

3. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

4. Verwaltungsrat: der in Kapitel 4 Abschnitt 1 des Dekrets aufgeführte Verwaltungsrat der Dienststelle.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Erlass gelten für alle Geschlechter.

KAPITEL 2 - Anerkennung**Art. 3 - Anerkennungsverfahren**

§ 1 - Für den Erhalt einer Anerkennung reichen die Dienstleister einen schriftlichen Antrag bei der Dienststelle ein.

Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht oder der Beschluss der untergeordneten Behörde beziehungsweise die Beschlüsse der einzelnen untergeordneten Behörden, die die Trägerschaft belegen;
3. ein Konzept, das mindestens folgende Informationen umfasst:
 - a) die Definition des jeweiligen Zielpublikums;
 - b) die Beschreibung der gemäß Artikel 12 des Dekrets angebotenen Unterstützungsmaßnahmen;
 - c) die Beschreibung der den Unterstützungsmaßnahmen angepassten Infrastruktur;
 - d) die eventuellen Kosten, die der Person bei Inanspruchnahme der Unterstützungsmaßnahmen entstehen;
 - e) die Maßnahmen, die sich aus dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006, ergeben, insbesondere mit Blick auf die Förderung der Selbstbestimmung, der Teilhabe und der Lebensqualität;
 - f) die Maßnahmen, die sich aus der Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) ergeben;
 - g) alle Elemente, die sich in Anwendung von Artikel 14 des Dekrets und seinen Ausführungsbestimmungen ergeben, insofern eine Bezuschussung einer oder mehrerer dieser Unterstützungsmaßnahmen erfolgen soll;
4. das in Artikel 13 Absatz 2 des Dekrets aufgeführte Brandschutzgutachten.

Die Dienststelle legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Die Dienststelle bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Tagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§ 2 - Die Dienststelle prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt die Dienststelle dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt die Dienststelle die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Die Dienststelle erstellt auf Grundlage ihrer Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine begründete Stellungnahme.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der begründeten Stellungnahme über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§ 3 - Der Verwaltungsrat legt die Dauer der Anerkennung gemäß Artikel 13 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets fest, unter Berücksichtigung der Dauer, die der Antragsteller bereits in dem Tätigkeitsfeld tätig ist.

Art. 4 - Vorläufige Anerkennung

Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann die Dienststelle in ihrer in Artikel 3 § 2 Absatz 2 erwähnten begründeten Stellungnahme eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der begründeten Stellungnahme über die Erteilung der vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die vorläufige Dauer der Anerkennung fest.

Die Dienststelle erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung eine begründete Stellungnahme zur Umsetzung der Auflagen, die sie dem Verwaltungsrat übermittelt.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der begründeten Stellungnahme über die Erteilung einer definitiven Anerkennung, einer erneuten vorläufigen Anerkennung unter Auflagen oder über den Entzug der vorläufigen Anerkennung.

Art. 5 - Änderung der Anerkennung

§ 1 - Die Dienstleister teilen der Dienststelle während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in Artikel 3 § 1 Absatz 2 Nummern 1, 2 und 4 erwähnten Angaben schriftlich mit.

§ 2 - Änderungen zu den in Artikel 3 § 1 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht. Zu diesem Zweck reicht der Dienstleister einen individuellen schriftlichen Antrag bei der Dienststelle ein.

Die Dienststelle erstellt innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine begründete Stellungnahme.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt der begründeten Stellungnahme über die die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist erstmalig auf höchstens zwölf Monate begrenzt und kann nach Evaluation bis zum Auslaufen der eigentlichen Anerkennung erneuert werden.

Die Dienststelle hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Art. 6 - Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung hält der Dienstleister die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Art. 7 - Erneuerung der Anerkennung

Für die Erneuerung der Anerkennung reicht der Dienstleister spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung einen neuen Antrag bei der Dienststelle ein. Dieser Antrag enthält die in Artikel 3 § 1 Absatz 2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich vom ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Die Dienststelle weist den Dienstleister mindestens zwölf Monate vor Ablauf der Anerkennung schriftlich darauf hin, dass diese ausläuft.

KAPITEL 3 — Beendigung, Aussetzung und Entzug der Anerkennung**Art. 8 - Aussetzung der Anerkennung**

§ 1 - Kommt der Dienstleister den im Dekret oder im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert die Dienststelle ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Dienstleister spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen bei der Dienststelle beantragen.

§ 2 - Kommt der Dienstleister, nach der in § 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Verwaltungsrat die vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt die Dienststelle dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Verwaltungsrat einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung. Er legt die Modalitäten für die Inanspruchnahme von Unterstützungsmaßnahmen und die Verpflichtungen des Dienstleisters fest.

Der Beschluss zur Aussetzung der Anerkennung wird dem Dienstleister unverzüglich zugestellt.

§ 3 - Der Dienstleister informiert unverzüglich die Personen, die die Unterstützungsmaßnahmen bereits vor Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe der Aussetzung.

§ 4 - Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der Dienstleister keine neuen Unterstützungsmaßnahmen mehr an.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung werden dem Dienstleister keine etwaigen Zuschüsse mehr ausgezahlt.

Kommt der Dienstleister den Verpflichtungen nach, beendet der Verwaltungsrat die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

Art. 9 - Entzug der Anerkennung

§ 1 - Kommt der Dienstleister nach Ablauf der Dauer der in Artikel 8 erwähnten Aussetzung der Anerkennung weiterhin nicht seinen Verpflichtungen nach, entzieht der Verwaltungsrat die vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt die Dienststelle dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Verwaltungsrat einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Verwaltungsrat entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung, beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über den Entzug. Er legt die Modalitäten für das Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen und die daraus resultierenden Verpflichtungen des Dienstleisters fest.

Dieser Beschluss wird dem Dienstleister unverzüglich zugestellt.

§ 2 - Der Dienstleister informiert unverzüglich die Personen, die die Unterstützungsmaßnahmen bereits vor Einleitung des Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe des Entzugsverfahrens.

§ 3 - Der Entzug der Anerkennung des Dienstleisters hat die Beendigung der Tätigkeit zur Folge.

Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Bezuschussung durch die Dienststelle beendet.

Art. 10 - Beendigung der Tätigkeit

§ 1 - Der Dienstleister teilt der Dienststelle jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seiner Tätigkeit, die nicht auf die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 8 und 9 zurückzuführen ist, schriftlich mit. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Dienstleisters wird der Dienststelle mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Dienstleisters hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Dienststelle zur Folge.

§ 2 - In Abweichung von § 1 bleibt die Anerkennung im Falle einer Übertragung der Trägerschaft einer Unterstützungsmaßnahme an einen anderen Dienstleister während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung gültig, insofern der neue Dienstleister eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses beantragt.

Liegt der Dienststelle innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist kein Antrag auf Anerkennung vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

KAPITEL 4 — Schlussbestimmungen**Art. 11 - Übergangsbestimmung**

Dienstleister, die in den Anwendungsbereich von Artikel 78 des Dekretes fallen, reichen den in Artikel 3 aufgeführten Antrag auf Anerkennung spätestens zum 30. Juni 2026 ein.

Art. 12 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Art. 13 - Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

TRADUCTION
MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/200307]

23 DECEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement relatif à l'agrément de prestataires par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, l'article 13, alinéa 3;

Vu la proposition formulée le 29 octobre 2021 par le Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 16 décembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 23 décembre 2021;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'une demande concrète d'agrément a été introduite le 11 octobre 2021 par un autre prestataire et que l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée doit, en tant qu'autorité délivrant l'agrément, pouvoir disposer par conséquent d'un arrêté d'exécution *ad hoc* pour pouvoir statuer sur la demande sur une base juridique sûre, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre plus aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales**Article 1^{er}. - Définitions**

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o décret : le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

2^o prestataires : les organismes responsables de services et d'institutions qui, conformément à l'article 12 du décret, proposent régulièrement une ou plusieurs mesures de soutien pour des enfants, des jeunes ou des adultes;

3^o Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

4^o conseil d'administration : le conseil d'administration de l'Office repris au chapitre 4, section 1^{re}, du décret.

Art. 2. - Qualifications

Dans le présent arrêté, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

CHAPITRE 2. — Agrément**Art. 3. - Procédure d'agrément**

§ 1^{er} - Pour obtenir l'agrément, les prestataires introduisent une demande écrite auprès de l'Office.

La demande doit être accompagnée au moins des informations et documents suivants :

1^o l'identité du demandeur;

2^o les statuts de l'association sans but lucratif ou la ou les décisions des différents pouvoirs subordonnés attestant de la responsabilité;

3^o un concept qui reprend au moins les informations suivantes :

a) la définition du public cible pour chaque offre;

b) la description des mesures de soutien proposées conformément à l'article 12 du décret;

c) la description de la structure adaptée aux mesures de soutien;

d) les frais éventuels encourus par la personne lorsqu'elle a recours aux mesures de soutien;

e) les mesures qui découlent de la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées et son protocole facultatif, faits à New York le 13 décembre 2006, notamment en ce qui concerne le soutien à l'autodétermination, à la participation à la vie sociale et à la qualité de vie;

f) les mesures qui découlent du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement sur la protection des données);

g) tous les éléments qui découlent de l'application de l'article 14 du décret et de ses dispositions d'exécution, pour autant qu'une ou plusieurs de ces mesures fassent l'objet de subsides;

4° les avis en matière de sécurité incendie mentionnés à l'article 13, alinéa 2, du décret.

L'Office fixe le formulaire de demande à utiliser.

La demande doit être envoyée par voie postale ou électronique. L'Office accuse réception de la demande dans un délai de trente jours. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

§ 2 - L'Office vérifie si la demande d'agrément introduite est complète et les documents y annexés. Si la demande est complète, l'Office transmet au demandeur un accusé de réception. À défaut, l'Office réclame au demandeur les données ou documents manquants.

Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, l'Office établit, en se basant sur les éléments en sa connaissance, un avis motivé.

Le conseil d'administration statue sur l'octroi de l'agrément dans un délai de soixante jours à compter de la réception de l'avis motivé. À défaut de décision dans le délai imparti, l'agrément est censé être refusé.

§ 3 - Le conseil d'administration fixe la durée de l'agrément conformément à l'article 13, alinéa 3, 4°, en tenant compte de la durée pendant laquelle le demandeur a déjà travaillé dans ce domaine d'activités.

Art. 4. - Agrément provisoire

Si une ou plusieurs conditions nécessaires à l'agrément ne sont pas remplies, l'Office peut, dans son avis motivé mentionné à l'article 3, § 2, alinéa 2, proposer un agrément provisoire conditionné.

Le conseil d'administration statue sur l'octroi de l'agrément provisoire dans un délai de soixante jours à compter de la réception de l'avis motivé et en fixe les conditions ainsi que la durée.

Au plus tard soixante jours avant l'expiration de l'agrément provisoire, l'Office établit un avis motivé relatif au respect des conditions et le transmet au conseil d'administration.

Dans les trente jours suivant la réception de l'avis motivé, le conseil d'administration statue sur l'octroi d'un agrément définitif ou d'un nouvel agrément provisoire conditionné, ou sur le retrait de l'agrément provisoire.

Art. 5. - Modification de l'agrément

§ 1^{er} - Pendant son agrément, le prestataire communique par écrit à l'Office, dans les trente jours, toute modification apportée aux informations mentionnées à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, 1°, 2° et 4°.

§ 2 - Les modifications apportées aux informations mentionnées à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, 3°, sont soumises à une approbation préalable. À cette fin, le prestataire introduit une demande individuelle par écrit auprès de l'Office.

Dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète, l'Office établit un avis motivé.

Le conseil d'administration statue sur l'approbation de la modification dans un délai de soixante jours à compter de la réception de l'avis motivé. À défaut de décision dans le délai imparti, l'approbation est censée être refusée.

La durée de l'approbation de la modification est limitée pour la première fois à douze mois au plus et peut être renouvelée après évaluation jusqu'à l'expiration de l'agrément d'origine.

L'Office consigne toute approbation de la modification, sa justification ainsi que sa durée.

Art. 6. - Maintien de l'agrément

Pour conserver l'agrément, le prestataire remplit les obligations mentionnées dans le présent arrêté ainsi que les conditions d'agrément mentionnées dans le décret.

Art. 7. - Renouvellement de l'agrément

Pour renouveler l'agrément, le prestataire introduit une nouvelle demande auprès de l'Office, au plus tard six mois avant son échéance. Cette demande reprend les informations et documents mentionnés à l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, s'ils diffèrent de ceux de la demande initiale.

L'Office informe par écrit le prestataire au moins douze mois avant l'expiration de l'agrément que celui-ci arrive à son terme.

CHAPITRE 3. — Fin, suspension et retrait de l'agrément

Art. 8. - Suspension de l'agrément

§ 1^{er} - Si le prestataire ne remplit pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, l'Office l'invite à y satisfaire dans un délai de trente jours.

Sur demande motivée, le prestataire peut - au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 1^{er} - demander à l'Office une prorogation unique de trente jours au maximum.

§ 2 - Si, après l'invitation mentionnée au § 1^{er}, le prestataire continue de ne pas remplir lesdites obligations, le conseil d'administration suspend l'agrément provisoire ou définitif.

Avant la suspension, l'Office communique son intention par lettre recommandée au prestataire concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du conseil d'administration. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le conseil d'administration statue sur la suspension et sa durée. Il fixe les modalités pour le recours aux mesures de soutien et les obligations du prestataire.

La décision de suspendre l'agrément est notifiée sans délai au prestataire.

§ 3 - Le prestataire communique sans délai et par écrit les raisons de la suspension aux personnes ayant sollicité ses mesures de soutien avant la notification de la décision de suspendre l'agrément.

§ 4 - Pendant la suspension de l'agrément, le prestataire ne propose plus de nouvelles mesures de soutien.

Pendant la suspension de l'agrément, le prestataire ne reçoit plus d'éventuels subsides.

Si le prestataire remplit ses obligations, le conseil d'administration met fin à la suspension et peut verser rétroactivement les subsides qui n'ont pas été liquidés entretemps.

Art. 9. - Retrait de l'agrément

§ 1^{er} - Si, à l'expiration de la suspension de l'agrément mentionnée à l'article 8, le prestataire continue de ne pas remplir lesdites obligations, le conseil d'administration retire l'agrément provisoire ou définitif.

Avant le retrait, l'Office communique son intention par lettre recommandée au prestataire concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention, introduire une demande d'audition auprès du conseil d'administration. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans les trente jours suivant cette audition ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le conseil d'administration statue sur le retrait. Il fixe les modalités relatives à l'expiration des mesures de soutien et les obligations du prestataire qui en résultent.

Cette décision est notifiée sans délai au prestataire.

§ 2 - Le prestataire communique sans délai et par écrit les raisons de la procédure de retrait aux personnes ayant sollicité ses mesures de soutien avant l'entame de ladite procédure.

§ 3 - Le retrait de l'agrément du prestataire entraîne la fin de l'activité.

Le retrait de l'agrément met fin à l'éventuel subventionnement par l'Office.

Art. 10. - Cessation de l'activité

§ 1^{er} - Le prestataire communique par écrit à l'Office toute cessation volontaire, provisoire ou définitive, de son activité qui n'est pas due à une suspension ou à un retrait d'agrément conformément aux articles 8 et 9. Sont exclus les jours fériés et périodes de congés.

Le prestataire communique son intention par écrit à l'Office au moins trois mois avant la cessation temporaire prévue et six mois avant la cessation définitive prévue.

La cessation définitive de l'activité du prestataire entraîne le retrait d'office de l'agrément et la cessation de l'éventuel subventionnement par l'Office.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, dans le cas d'un transfert de la responsabilité d'une mesure de soutien à un autre prestataire, l'agrément reste valable pendant une période de six mois suivant ledit transfert, à condition que le nouveau prestataire introduise une demande d'agrément conformément aux dispositions du présent arrêté.

Si l'Office n'a reçu aucune demande d'agrément dans le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, cela correspond à une cessation définitive de l'activité.

CHAPITRE 4. — Dispositions finales

Art. 11. - Disposition transitoire

Les prestataires qui relèvent du champ d'application de l'article 78 du décret introduisent la demande d'agrément mentionnée à l'article 3 au plus tard avant le 30 juin 2026.

Art. 12. - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2022.

Art. 13. - Exécution

Le Ministre des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/200307]

23 DECEMBER 2021. — Besluit van de Regering betreffende de erkenning van dienstverrichters door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 13, derde lid;

Gelet op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gedaan op 29 oktober 2021;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 16 december 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 23 december 2021;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat op 11 oktober 2021 een concrete aanvraag tot erkenning van een andere dienstverrichter is ingediend en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven als erkennende overheid dus dringend over een uitvoeringsbesluit moet beschikken om op een rechtszekere basis over die aanvraag te kunnen beslissen; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** - Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

2° dienstverrichter: organiserende instantie van diensten en instellingen die overeenkomstig artikel 12 van het decreet regelmatig één of meer ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen aanbieden;

3° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

4° raad van bestuur: de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 1, van het decreet.

Art. 2. - Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit besluit gelden voor alle geslachten.

HOOFDSTUK 2. — *Erkenning***Art. 3.** - Erkenningsprocedure

§ 1 - Dienstverrichters die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een schriftelijke aanvraag in bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd:

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de vereniging zonder winstoogmerk of het besluit van de ondergeschikte overheid dat bewijst dat ze de organiserende instantie is resp. de besluiten van de afzonderlijke ondergeschikte overheden die bewijzen dat ze de organiserende instantie zijn;

3° een concept dat minstens de volgende inlichtingen omvat:

a) de afbakening van het doelpubliek in kwestie;

b) de beschrijving van de ondersteuningsmaatregelen die overeenkomstig artikel 12 van het decreet worden aangeboden;

c) de beschrijving van de infrastructuur die aan de ondersteuningsmaatregelen is aangepast;

d) de eventuele kosten die ontstaan als de persoon een beroep doet op de ondersteuningsmaatregelen;

e) de maatregelen die voortvloeien uit het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006, in het bijzonder met het oog op de ondersteuning van de zelfbeschikking, de participatie en de levenskwaliteit;

f) de maatregelen die voortvloeien uit de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming);

g) alle elementen die voortvloeien uit de toepassing van artikel 14 van het decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, voor zover één of meer van die ondersteuningsmaatregelen gesubsidieerd zouden worden;

4° het advies over de brandveiligheid, vermeld in artikel 13, tweede lid.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. De Dienst voor zelfbeschikkend leven bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig dagen. De datum van de poststempel of -naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 2 - De Dienst voor zelfbeschikkend leven onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ontbrekende gegevens of -naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven op basis van zijn bevindingen een advies op.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het gemotiveerd advies, beslist de raad van bestuur of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 3 - De raad van bestuur bepaalt de duur van de erkenning vermeld in artikel 13, derde lid, 4°, van het decreet, rekening houdend met hoelang de aanvrager al op dat activiteitenterrein actief is.

Art. 4. - Voorlopige erkenning

Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan de Dienst voor zelfbeschikkend leven in zijn advies vermeld in artikel 3, § 2, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het gemotiveerd advies, beslist de raad van bestuur of de voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden, alsook de voorlopige duur van de erkenning.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een gemotiveerd advies over de vraag of aan de voorwaarden is voldaan en bezorgt dat advies aan de raad van bestuur.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het gemotiveerd advies, beslist de raad van bestuur of een definitieve erkenning wordt toegekend, of opnieuw een voorwaardelijke voorlopige erkenning wordt toegekend, dan wel of de voorlopige erkenning wordt ingetrokken.

Art. 5. - Wijziging van de erkenning

§ 1 - Tijdens de duur van de erkenning delen de dienstverrichters elke wijziging van de gegevens vermeld in artikel 3, § 1, tweede lid, 1°, 2°, en 4°, binnen dertig dagen schriftelijk mee aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 - Wijzigingen van de gegevens vermeld in artikel 3, § 1, tweede lid, 3°, moeten vooraf worden goedgekeurd. Daartoe dient de dienstverrichter een individuele schriftelijke aanvraag in bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een gemotiveerd advies op.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het gemotiveerd advies, beslist de raad van bestuur of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De wijziging wordt in eerste instantie goedgekeurd voor ten hoogste twaalf maanden; na evaluatie kan de wijziging goedgekeurd worden tot de erkenning verstreken is.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Art. 6. - Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komt de dienstverrichter de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

Art. 7. - Verlenging van de erkenning

Om de erkenning te verlengen, dient de dienstverrichter een nieuwe aanvraag om erkenning in bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven en dit uiterlijk zes maanden voordat de erkenning afloopt. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in artikel 3, § 1, tweede lid, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

Minstens twaalf maanden voordat de erkenning verstrijkt, wijst de Dienst voor zelfbeschikkend leven de dienstverrichter erop dat de erkenning afloopt.

HOOFDSTUK 3. — *Beëindiging, schorsing en intrekking van de erkenning***Art. 8.** - Schorsing van de erkenning

§ 1 - Indien de dienstverrichter de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant de Dienst voor zelfbeschikkend leven hem aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de dienstverrichter, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 - Indien de dienstverrichter na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de voorlopige of definitieve erkenning door de raad van bestuur geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de raad van bestuur een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de raad van bestuur of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang. Hij bepaalt de nadere regels om een beroep te doen op ondersteuningsmaatregelen en bepaalt de verplichtingen van de dienstverrichter.

De beslissing over de schorsing van de erkenning wordt onmiddellijk aan de dienstverrichter bezorgd.

§ 3 - Aan de personen die al een beroep deden op de ondersteuningsmaatregelen voordat de beslissing tot schorsing van de erkenning ter kennis werd gebracht, deelt de dienstverrichter zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom de erkenning wordt geschorst.

§ 4 - Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de dienstverrichter geen nieuwe ondersteuningsmaatregelen meer aan.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de dienstverrichter.

Indien de dienstverrichter de verplichtingen nakomt, maakt de raad van bestuur een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

Art. 9. - Intrekking van de erkenning

§ 1 - Indien de dienstverrichter, na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 8, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de raad van bestuur de voorlopige of definitieve erkenning in.

Vóór de intrekking deelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de raad van bestuur een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de raad van bestuur of de erkenning wordt ingetrokken. Hij bepaalt de nadere regels om de ondersteuningsmaatregelen te laten aflopen en bepaalt welke verplichtingen daaruit voortvloeien voor de dienstverrichter.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de dienstverrichter.

§ 2 - Aan de personen die al een beroep deden op de ondersteuningsmaatregelen voordat een intrekkingprocedure werd ingesteld, deelt de dienstverrichter zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom een intrekkingprocedure wordt ingesteld.

§ 3 - De intrekking van de erkenning van de dienstverrichter leidt tot de beëindiging van de activiteit.

Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele subsidiëring door de Dienst voor zelfbeschikkend leven stopgezet.

Art. 10. - Beëindiging van de activiteit

§ 1 - De dienstverrichter deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn activiteit die niet aan een schorsing of intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 8 of artikel 9 te wijten is, schriftelijk mee aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

De dienstverrichter deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

De definitieve stopzetting van de activiteit van de dienstverrichter heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Dienst voor zelfbeschikkend leven wordt beëindigd.

§ 2 - Als een andere dienstverrichter de organiserende instantie van een ondersteuningsmaatregel wordt, blijft de erkenning, in afwijking van paragraaf 1, geldig tot zes maanden na de overdracht, voor zover de nieuwe dienstverrichter een erkenning overeenkomstig de bepalingen van dit besluit aanvraagt.

Indien de Dienst voor zelfbeschikkend binnen de termijn gesteld in het eerste lid geen erkenningsaanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

HOOFDSTUK 4. — Slotbepalingen

Art. 11. - Overgangsbepaling

Dienstverrichters die binnen het toepassingsgebied van artikel 78 van het decreet vallen, dienen de in artikel 3 vermelde erkenningsaanvraag uiterlijk op 30 juni 2026 in.

Art. 12. - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2022.

Art. 13. - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE**BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST**

[C – 2022/30439]

13 JANUARI 2022. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering houdende de prijzen voor het vervoer van reizigers op het net van het stads- en streekvervoer van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest

De Brusselse Hoofdstedelijke Regering,

Gelet op de ordonnantie van 22 november 1990 houdende de organisatie van het openbaar vervoer in het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, artikel 18;

Gelet op de beslissing van de Regering van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 17 juni 2021 houdende goedkeuring van de voorkeurstarieven van de MIVB: tariefaanpassing voor de doelgroep van 12 tot 24 jaar,

Besluit :

Artikel 1. Zijn goedgekeurd, de bijgevoegde tabellen “Tariefrooster vanaf 1 februari 2022” met de prijzen te heffen voor het vervoer van reizigers op het net van het stads- en streekvervoer van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest.

Art. 2. Het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 17 juni 2021 houdende de prijzen voor het vervoer van reizigers op het net van het stads- en streekvervoer van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, wordt opgeheven, evenals alle daarvoor goedgekeurde overeenstemmende prijzientabellen.

Art. 3. Dit besluit treedt in werking op 1 februari 2022.

Brussel, 13 januari 2022.

Voor de Brusselse Hoofdstedelijke Regering:

De Minister-president van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering, belast met Territoriale Ontwikkeling en Stadsvernieuwing, Toerisme, de Promotie van het Imago van Brussel en Biculturele Zaken van gewestelijk Belang,

R. VERVOORT

De Minister van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering, belast met Mobiliteit, Openbare Werken en Verkeersveiligheid,

E. VAN DEN BRANDT

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

[C – 2022/30439]

13 JANVIER 2022. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale portant les prix du transport des voyageurs sur le réseau des transports urbains et régionaux de la Région de Bruxelles-Capitale

Le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,

Vu l'ordonnance du 22 novembre 1990 relative à l'organisation des transports en commun dans la Région de Bruxelles-Capitale, l'article 18 ;

Vu la décision du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 17 juin 2021 portant l'approbation des tarifs promotionnels de la STIB : adaptation des tarifs destinés aux 12-24 ans,

Arrête :

Article 1^{er}. Sont approuvés, les barèmes des prix « Grille tarifaire à partir du 1 février 2022 » à percevoir pour le transport des voyageurs sur les réseaux urbains et régionaux de la Région de Bruxelles-Capitale annexés au présent arrêté.

Art. 2. L'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 17 juin 2021 portant des prix du transport des voyageurs sur le réseau des transports urbains et régionaux de la Région de Bruxelles-Capitale, est abrogé, ainsi que tous les barèmes correspondants approuvés antérieurement.

Art. 3. Le présent arrêté entre en vigueur le 1 février 2022.

Bruxelles, le 13 janvier 2022.

Pour le Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale :

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale, chargé du Développement territorial et de la Rénovation urbaine, du Tourisme, de la Promotion de l'Image de Bruxelles et du Biculturel d'Intérêt régional,

R. VERVOORT

La Ministre du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale, chargée de la Mobilité, des Travaux publics et de la Sécurité routière,

E. VAN DEN BRANDT